



Winfried Jung ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile.



Dr. Martin F. Meyer ist Mitarbeiter im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Santiago de Chile.

DER BEGINN EINER NEUEN ÄRA IN CHILE: SEBASTIÁN PIÑERA GEWINNT DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL GEGEN DEN CHRISTDEMOKRATEN EDUARDO FREI

Winfried Jung / Martin F. Meyer

Nach dem vorläufigen Endergebnis hat der wirtschaftsliberale und rechtskonservative Unternehmer Sebastián Piñera mit 51,61 Prozent der Stimmen wie erwartet die Stichwahl um die chilenische Präsidentschaft gewonnen. Er bekam circa 223.000 Stimmen mehr als sein Kontrahent Eduardo Frei vom regierenden Mitte-Links-Bündnis der Concertación. Der Abstand an den Urnen zwischen beiden Kandidaten fiel ca. drei Prozent geringer aus als bei der vorherigen Wahl 2006 zwischen Piñera und der amtierenden Präsidentin Michelle Bachelet (das Ergebnis damals lautete 53,50 Prozent für die Sozialistin und 46,50 Prozent für Piñera). Es ist das erste Mal seit Chiles Rückkehr zur Demokratie im Jahre 1989, dass das Mitte-Rechts-Lager mit Piñera nun den Präsidenten des Landes stellt. Mit diesem Wahlergebnis kommt die politische Rechte, die 1958 das letzte Mal demokratische Wahlen gewonnen hatte, wieder an die Macht. Piñera tritt am 11. März 2010 die Nachfolge von Frau Bachelet an.

Es bestätigten sich damit die Prognosen mehrerer Meinungsforschungsinstitute, die in den letzten Monaten einen Sieg

des Präsidentschaftskandidaten des oppositionellen Mitte-Rechts-Bündnisses, der Coalición por el Cambio („Koalition für den Wechsel“), vorausgesagt hatten. Spannend wurde es am Wahltag trotzdem, da sich die Umfragewerte von Frei in den letzten Tagen des Wahlkampfes deutlich verbessert hatten, und der drittplatzierte des ersten Wahlganges, Marco Enríquez-Ominami, vier Tage vor der Wahl erklärte, ihn wählen zu wollen.

Piñera selbst verkündete noch am Abend seines Triumphes, dass er eine Regierung der nationalen Einheit bilden möchte, „um die Mauern einzureißen, die uns spalten“. Frei hingegen räumte bereits vierzig Minuten nach Schließung der Wahllokale seine Niederlage ein und gratulierte seinem Kontrahenten zu seinem Erfolg. Er lobte dabei auch die von der Concertación vollbrachte Arbeit während der 20-jährigen Regierungszeit: „Chile steht heute viel besser da als 1990.“ Glückwünsche kamen auch aus Deutschland. Bundeskanzlerin Angela Merkel teilte dem neuen Präsidenten in einem Schreiben mit, dass sie sich darauf freue, mit dem Präsidenten „zum Wohle der bilateralen Beziehungen“ zusammenzuarbeiten. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Chile sei traditionell freundschaftlich und von „Anerkennung und Vertrauen geprägt“, so die Kanzlerin.

Piñera selbst verkündete noch am Abend seines Triumphes, dass er eine Regierung der nationalen Einheit bilden möchte, „um die Mauern einzureißen, die uns spalten“. Frei hingegen räumte bereits vierzig Minuten nach Schließung der Wahllokale seine Niederlage ein und gratulierte seinem Kontrahenten zu seinem Erfolg.

Informationsamt der Bundesregierung. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2010/01/2010-01-19-glueckwunschschreiben-pinera.html> [05.2.2010].

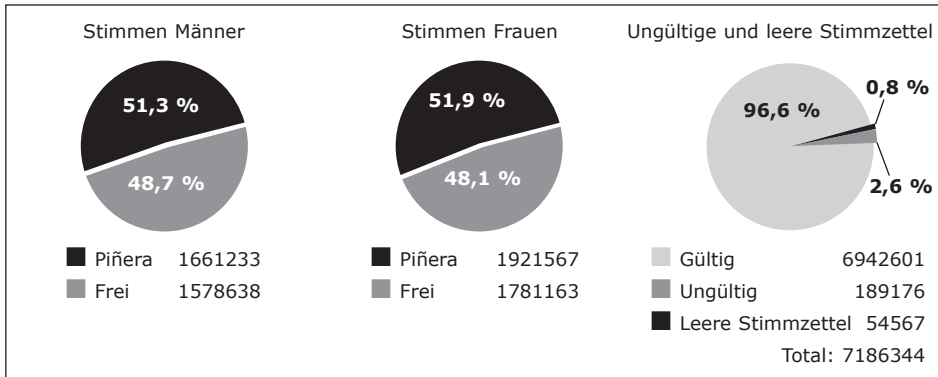
Abbildung Nr. 1, Ergebnis der Präsidentschaftswahlen (beide Wahlgänge)

Kandidat	Partei	Bündnis	Stimmen	Prozent
<i>(2. Wahlgang, 17. Januar 2010)</i>				
Sebastián Piñera	Renovación Nacional	Coalición por el Cambio	3.582.800	51,61
Eduardo Frei	Democracia Cristiana	Concertación por la Democracia	3.359.801	48,38
<i>(1. Wahlgang, 13. Dezember 2009)</i>				
Sebastián Piñera	Renovación Nacional	Coalición por el Cambio	3.056.526	44,05
Eduardo Frei	Democracia Cristiana	Concertación por la Democracia	2.053.514	29,60
Marco Enríquez-Ominami	Unabhängig	Nueva Mayoría para Chile	1.396.655	20,13
Jorge Arrate	Partido Comunista	Juntos Podemos Más	430.834	6,21

Quelle: Ministerio del Interior, www.elecciones.gob.cl [05.2.2010]

Von den abgegebenen Stimmen im zweiten Wahlgang waren 96,6 Prozent gültig – ein hoher Prozentsatz und gleichzeitig ein Indiz dafür, dass sich die Wähler ihrer Verantwortung bewusst waren und kein ungültiges oder „weißes“ Votum abgeben wollten. Piñera konnte in fast gleichem Maße bei männlichen wie weiblichen Wählern punkten, wobei Frauen in Chile traditionell konservativer wählen als Männer.

Abbildung Nr. 2, Stimmenanteil Männer/Frauen, Gültige Stimmzettel (2. Wahlgang)



Quelle: Ministerio del Interior, www.elecciones.gob.cl [05.2.2010]

Auch ist es Piñera in zehn der insgesamt 15 Regionen des Landes gelungen, ein besseres Ergebnis als sein Kontrahent zu erzielen. Lediglich in den nördlichen Regionen Antofagasta, Atacama und Coquimbo sowie in zwei zentral gelegenen Regionen lag Eduardo Frei vorn. Die Mehrheit der Stimmen in der bevölkerungsreichen Hauptstadtregion sowie in der Region um Valparaíso konnte Piñera klar auf sich vereinen. Den größten Vorsprung auf Frei erreichte Piñera in der Region Tarapacá, wo er mit 60,50 Prozent über 20 Prozent mehr Stimmen als sein Gegner erhielt. Frei hingegen konnte mit 55,62 Prozent in der Region Coquimbo punkten, wo Piñera sich mit gut elf Prozent weniger Stimmen zufrieden geben musste.

Piñera hatte schon am 13. Dezember 2009 den ersten Wahlgang mit 44 Prozent deutlich gewonnen, verfehlte jedoch die absolute Mehrheit. Der Christdemokrat Eduardo Frei, der von 1994 bis 2000 schon einmal das Land regierte, kam zum damaligen Zeitpunkt nur auf 29,62 Prozent, mit Abstand das schlechteste Ergebnis, das die Regierungskoalition des Mitte-Links-Spektrums seit 1989 bekommen hat. In allen vier vorausgegangenen Wahlen hatte der Präsidentschaftskandidat

Abbildung Nr. 3, Wahlergebnis in den chilenischen Regionen (Angaben in Prozent)

Region	Seb. Piñera, 2. Wahlgang	Eduardo Frei, 2. Wahlgang	Seb. Piñera, 1. Wahlgang	Eduardo Frei, 1. Wahlgang
Arica y Parinacota	52,43	47,56	44,17	27,31
Tarapacá	60,50	39,49	47,99	16,43
Antofagasta	47,80	52,19	37,47	27,48
Atacama	46,67	53,32	36,32	29,15
Coquimbo	44,37	55,62	37,22	36,90
Valparaíso	53,65	46,34	45,06	25,48
Metropolitana	51,82	48,17	44,23	26,94
Del Lib. B. O'Higgins	49,28	50,71	42,49	35,49
Del Maule	46,92	53,07	41,18	39,12
Del Biobío	50,14	49,85	42,54	32,94
De La Araucanía	57,51	42,48	51,67	30,20
De Los Ríos	52,65	47,34	46,20	32,88
De Los Lagos	55,92	44,07	49,43	30,58
Aysén del Gral. C. Ibáñez del C.	58,46	41,53	51,18	25,63
de Magallanes y de la Antártica Chilena	54,53	45,46	44,01	24,02

Quelle: Ministerio del Interior, www.elecciones.gob.cl [05.2.2010]

der Concertación nie unter 45 Prozent gelegen. Mit dem zweiten Platz im Dezember konnte Frei lediglich sein absolutes Minimalziel für den ersten Wahlgang und damit die nötige Schadensbegrenzung erreichen. Den Einzug in die Stichwahl zu verfehlen wäre für die Concertación, die bis dato noch nie eine Wahl verloren hatte, eine absolute Katastrophe gewesen.

In den Monaten vor dem ersten Wahlgang hatte Frei in fast allen Meinungsumfragen immer mehr an Boden verloren, und zwar nicht nur gegenüber Piñera sondern auch gegenüber dem drittplatzierten Kandidaten, Marco Enríquez-Ominami, der mit 20,12 Prozent ein bemerkenswertes Ergebnis erzielte, sich damit aber aus dem Rennen um das höchste politische Amt im Lande verabschieden musste. Der erst 36-jährige Abgeordnete war im Juni 2009 aus der Sozialistischen Partei ausgetreten,

In den Monaten vor dem ersten Wahlgang hatte Frei in fast allen Meinungsumfragen immer mehr an Boden verloren, und zwar nicht nur gegenüber Piñera sondern auch gegenüber dem drittplatzierten Kandidaten, Marco Enríquez-Ominami, der mit 20,12 Prozent ein bemerkenswertes Ergebnis erzielte, sich damit aber aus dem Rennen um das höchste politische Amt im Lande verabschieden musste.

nachdem die Parteiführung ihn für die internen Vorwahlen zur Ermittlung des Präsidentschaftskandidaten der Concertación nicht berücksichtigen wollte. Daraufhin trat er als unabhängiger Kandidat an. Seine Umfragewerte stiegen in den Wochen vor der Wahl immer höher und wiesen zeitweise nur noch einen Siene-Punkte-Rückstand auf Frei auf. Enríquez-Ominami schlug sich damit weitaus besser als der vierte Präsidentschaftskandidat, Jorge Arrate aus dem Lager des kommunistischen Bündnisses Juntos Podemos Más, der im ersten Wahlgang mit 6,21 Prozent weit abgeschlagen auf den vierten Platz kam.

Nach seinem eindeutigen Sieg im ersten Wahlgang konnte sich Piñera relativ sicher sein, der nächste Präsident Chiles zu werden. Dank eines Vorsprungs von 14 Prozentpunkten (mehr als eine Millionen Stimmen) auf seinen unmittelbaren Kontrahenten war klar, dass, realistisch gesehen, ihm der Sieg kaum noch zu nehmen war. Im Lager der Concertación machte man sich trotzdem Hoffnung. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass bei den Wahlen des Jahres 2005 Piñera und der zweite rechtskonservative Kandidat Lavín im ersten Wahlgang sogar auf 48 Prozent der Stimmen gekommen seien, das Mitte-Links-Lager mit Michelle Bachelet dann im zweiten Durchgang doch noch die Wahl für sich entscheiden konnte. Eine Meinungsumfrage des Instituts MORI vier Tage vor dem Wahltermin lieferte die Bestätigung, dass das Endergebnis tatsächlich viel knapper ausfallen würde: Piñera kam hier auf 50,9 Prozent, Frei auf 49,1. Dies bedeutete bei einer Fehlerquote von drei Prozent praktisch ein Patt.

In den Wochen zwischen den beiden Wahlgängen hatte sich der ehemalige Präsident und heutige Senator Frei kontinuierlich nach oben gearbeitet; als Folge einer Umbildung seines Wahlkampfteams, des Präsentierens neuer Gesichter aus der jüngeren Politikergeneration sowie einer Distanzierung von den vier Parteien der Concertación. Die Aufholjagd wurde zusätzlich noch durch eine Wahlempfehlung der evangelikalen Kirchen sowie durch einen Aufruf der Gewerkschaftszentrale CUT begünstigt. Einen großen Einfluss dürfte aber auch das zunehmende Werben der populären Amtsinhaberin Michelle Bachelet ausgeübt haben. Von Piñera wurde dies kritisiert, indem er der Regierung „Amtsmissbrauch“ vorwarf. Es missfiel ihm, dass Bachelet gesagt hatte, sie werde für Frei stimmen, weil dieser „aufrichtig“ sei.

Freis eigenes Bemühen bestand darin, den Drittplatzierten der ersten Wahlrunde, Enríquez-Ominami, durch Zugeständnisse zu einer Aufgabe seiner Neutralität zu veranlassen. Dieser hatte unmittelbar nach dem ersten Wahlgang Forderungen nach einem Rücktritt der vier Parteipräsidenten der Concertación erhoben sowie auf die Verabschiedung mehrerer Gesetzesvorhaben gedrungen. Tatsächlich traten zwei Parteipräsidenten, Pepe Auth (PPD) und José Antonio Gómez (PRSD), zurück und die Präsidentin schickte zwei Projekte von Enríquez-Ominami als dringliche Gesetzesvorlagen an den Kongress.¹ Mit diesem Entgegenkommen hoffte Frei bis zuletzt, Enríquez-Ominami umstimmen zu können. Tatsächlich kündigte selbiger nur vier Tage vor den Wahlen an, Frei wählen zu wollen, nannte ihn allerdings nicht explizit beim Namen. Es bestehe die Möglichkeit, so der Drittplatzierte, dass die politische Rechte Chile in seiner Entwicklung bremse und es deshalb seine Verantwortung sei dazu beizutragen, dass dies nicht passiere („uns trennt eine unversöhnliche Kluft von der Rechten“). Er unterstrich ebenfalls, dass dies seine rein persönliche Entscheidung sei und kein Aufruf an seine Wähler. Frei hätte 70 Prozent der Stimmen der Anhänger von Enríquez-Ominami benötigt und zusätzlich noch alle Stimmen des viertplatzierten Jorge Arrate, um das Blatt in letzter Minute noch zu wenden.

Trotz der teils hitzigen Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes sowie der ständigen Medienpräsenz zeigten die Chilenen nur ein begrenztes Interesse an den Wahlen. Dies spiegelte sich sowohl am 13. Dezember als auch am 17. Januar wieder. In Chile ist die Eintragung in das Wahlregister freiwillig, der anschließende Urnengang bei den Wahlen jedoch Pflicht – trotzdem machten im ersten Wahlgang nur 87,17 Prozent der registrierten Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch (insgesamt waren 8.285.486 Personen im Wahlregister eingetragen, dies entspricht bei einer Einwohnerzahl von ca. 16 Millionen etwa der Hälfte der Bevölkerung). Die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang war noch einmal ein Stück niedriger: lediglich 86,25 Prozent der registrierten Wähler gingen an die

Trotz der teils hitzigen Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes sowie der ständigen Medienpräsenz zeigten die Chilenen nur ein begrenztes Interesse an den Wahlen. Dies spiegelte sich sowohl am 13. Dezember als auch am 17. Januar wieder.

1 | Die Vorlagen hatten eine Stärkung der öffentlichen Schulen zum Ziel sowie eine Änderung des Wahlrechts. Zukünftig soll die Wählerregistrierung automatisch erfolgen und die Stimmabgabe freiwillig sein.

Urnen – die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1989. In der Summe haben folglich durch die Nichteintragung ins Wahlgeregister oder durch Wahlabstinenz rund vier Millionen und damit beinahe 40 Prozent aller wahlberechtigten Chilenen auf ihr Recht, sich an demokratischen Wahlen zu beteiligen, verzichtet.

Dafür verliefen die Wahlen in beiden Wahlgängen ohne jegliche Zwischenfälle und die in vielen lateinamerikanischen Ländern allzu oft üblichen Störungen und Manipulationsversuche. Die chilenische Demokratie hat sich demnach einmal mehr als stabil und konsolidiert erwiesen. Charakteristisch für das Land ist, dass die Stimmen öffentlich ausgezählt werden. Dadurch wird ein hohes Maß an Transparenz hergestellt. Einkaufszentren und Restaurants, die normalerweise sieben Tage in der Woche geöffnet sind, müssen in Chile am Wahltag geschlossen bleiben. Gleichzeitig gilt ein striktes Alkoholverbot. Eine Besonderheit aus früheren Zeiten hat sich bis heute erhalten: Nach wie vor wird getrennt nach Geschlechtern gewählt. In gleicher Weise werden im Übrigen auch die Wahlhelfer eingeteilt. Dort, wo Frauen wählen, sind sie ausschließlich weiblich, bei den Männern ausschließlich männlich.

DAS CHILENISCHE PARTEIENSYSTEM UND DAS BINOMINALE WAHLRECHT

Charakteristisch für das chilenische Parteiensystem ist die Blockbildung, bei der sich verschiedene Parteien zu einem Bündnis zusammenschließen. In diesem Sinne haben zwei Blöcke das politische Geschehen seit dem Ende der Pinochet-Diktatur im Jahr 1989 geprägt.

Charakteristisch für das chilenische Parteiensystem ist die Blockbildung, bei der sich verschiedene Parteien zu einem Bündnis zusammenschließen. In diesem Sinne haben zwei Blöcke das politische Geschehen seit dem Ende der Pinochet-Diktatur im Jahr 1989 geprägt.

Der erste ist das Bündnis der Concertación de Partidos por la Democracia. Es wird von Freis

Christlich-Demokratischer Partei (PDC) sowie der Radikalen und Sozialdemokratischen Partei (PRSD), der Sozialdemokratischen Partei (PPD) und der Sozialistischen Partei (PS) gebildet. Diese Koalition war aktiv am Sturz der Militärdiktatur Pinochets beteiligt und regiert seitdem ununterbrochen. In dieser Zeit erlebte der Andenstaat einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg. Bisher stellte die Concertación zwei Präsidenten aus dem Lager der Christdemokraten, nämlich Patricio Aylwin und eben Eduardo Frei, sowie die beiden Sozialisten Ricardo Lagos und die amtierende Präsidentin Michelle Bachelet. Trotz ihrer hohen Popularität konnte Frau Bachelet

laut der chilenischen Verfassung nicht direkt wiedergewählt werden, weshalb die Concertación mit Frei einen anderen Kandidaten ins Rennen schicken musste.

Piñeras Coalición por el Cambio ist dagegen eine am 6. Mai 2009 gegründete Allianz von drei Mitte-Rechts-Parteien. Der Vorläufer dieses Bündnisses wurde 1989 nach Augusto Pinochets Niederlage im Plebiszit von früheren Anhängern des Diktators gebildet, unterlag jedoch deutlich in den ersten demokratischen Wahlen. Das oppositionelle Parteienbündnis bestand bis 2009 aus der rechtskonservativen Unión Demócrata Independiente (UDI) sowie der moderateren Renovación Nacional (RN). Zuerst trat es unter dem Namen „Democracia y Progreso“, dann als „Unión por Chile“ und schließlich als „Alianza por Chile“ an. Letzterer Name wird in der chilenischen Öffentlichkeit weiterhin als Bezeichnung für das Mitte-Rechts-Lager benutzt, obwohl es mit dem Beitritt von Chile-Primero, einer kleinen und noch jungen Partei, die eine sozialliberale Ideologie vertritt, im Frühjahr 2009 erneut umbenannt wurde.

Von den drei Parteien ist die UDI diejenige, die am engsten mit der ehemaligen Militärregierung Pinochets verknüpft ist. Die UDI hat sich in den letzten Jahren zwar deutlich vom früheren Regime distanziert, dennoch finden sich in ihren Reihen viele ehemalige Unterstützer des Diktators. Sie bindet damit auch weiterhin einen großen Teil der chilenischen Wählerschaft an sich, die der Regierungszeit Pinochets positiv gegenübersteht. Dagegen war die RN des neuen Präsidenten Piñera bezüglich der Unterstützung von Pinochet gespalten. Piñera selbst hatte sich im Referendum von 1988 aktiv gegen eine Verlängerung der Amtszeit Pinochets eingesetzt.

Diese Teilung des Parteienspektrums in zwei große Lager erfolgte nicht willkürlich, sondern wurde aufgrund des „binominalen“ Wahlrechts praktisch forciert.² Nach seiner Niederlage im Plebiszit sorgte Pinochet in den letzten Mona-

Diese Teilung des Parteienspektrums in zwei große Lager erfolgte nicht willkürlich, sondern wurde aufgrund des „binominalen“ Wahlrechts praktisch forciert. Nach seiner Niederlage im Plebiszit sorgte Pinochet in den letzten Monaten seiner Amtszeit dafür, ein weltweit einzigartiges Wahlsystem (es kommt nur noch bei den Parlamentswahlen in Indonesien zum Einsatz) in der chilenischen Verfassung zu verankern, um so die Macht der Mitte-Links-Parteien im Falle eines Sieges einzuschränken.

2 | Vgl. Helmut Wittelsbürger und Sebastian Grundberger, „Chile vor den Präsidentschaftswahlen: Wohin entwickelt sich das Land?“, in: *KAS-Länderbericht* 17. Nov. 2005, http://www.kas.de/proj/home/pub/52/1/year-2005/dokument_id-7550/index.html [20.1.2010].

ten seiner Amtszeit dafür, ein weltweit einzigartiges Wahlsystem (es kommt nur noch bei den Parlamentswahlen in Indonesien zum Einsatz) in der chilenischen Verfassung zu verankern, um so die Macht der Mitte-Links-Parteien im Falle eines Sieges einzuschränken. Seit 2005 ist dieses Wahlrecht zwar nicht mehr in der Verfassung festgeschrieben, bestimmt aber weiterhin das politische System des Landes, da sich die Parteien bisher nicht über die nötige Reform einigen konnten.

Das binominale Wahlsystem verteilt pro Wahlkreis zwei Mandate für den Einzug in das chilenische Parlament. Die Wahlen für das Abgeordnetenhaus (120 Sitze) und den Senat (38 Sitze) folgen beide diesem Prinzip, jedoch ist im ersten Fall das Land in 60 Wahlkreise unterteilt, im zweiten in 19. Ein Parteienbündnis darf pro Wahlkreis jeweils zwei Kandidaten vorschlagen. Am Wahltag erhält der Kandidat mit den meisten Stimmen das erste Mandat für sein Bündnis, das zweite Mandat geht jedoch an den bestplatzierten Kandidaten des zweitstärksten Bündnisses, egal wie viele Stimmen dieser bekommen hat. Aus diesem Grund ist es nicht unbedingt notwendig, um den Wahlsieg zu kämpfen, um ins Parlament einzuziehen. Ein Bündnis bekommt beide Mandate nur dann, wenn es in einem Wahlkreis doppelt so viele Stimmen erhält wie das zweitplatzierte (das Prinzip des *doblaje*). Alle anderen Kandidaten und Bündnisse gehen leer aus – die für sie abgegebenen Stimmen haben keinerlei Einfluss auf das Ergebnis.

Dieses Regelwerk hat dazu beigetragen, dass Abgeordnete bisher fast ausschließlich aus den Reihen der Regierungs- und Oppositionskoalitionen kamen und sich in Chile ein rigides System aus zwei großen Parteibündnissen formieren konnte. Außerhalb dieser Bündnisse besteht für Parteien meistens keine ernsthafte Chance zur Erlangung politischer Macht.

Dieses Regelwerk hat dazu beigetragen, dass Abgeordnete bisher fast ausschließlich aus den Reihen der Regierungs- und Oppositionskoalitionen kamen und sich in Chile ein rigides System aus zwei großen Parteibündnissen formieren konnte. Außerhalb dieser Bündnisse besteht für Parteien meistens keine ernsthafte Chance zur Erlangung politischer Macht. Kritiker bezeichnen das binominale Wahlsystem daher als undemokratisch, da die Stimmen vieler

Wähler nicht berücksichtigt werden und die parlamentarische Repräsentation kleiner Listen verhindert wird. Eine weitere Konsequenz des binominalen Wahlrechts ist die überproportionale Stärkung der Opposition und Verhinderung eindeutiger Parlamentsmehrheiten. Rein theoretisch ist es möglich, dass das zweitstärkste Bündnis genau dieselbe Anzahl von Sitzen im Parlament erreicht wie das erstplatzierte, jedoch mit weitaus weniger Stimmen. Dies bedeutet, dass bei zwei

konkurrierenden politischen Lagern jeder Stimmenanteil, den ein Bündnis zwischen 33,4 und 66,7 Prozent der Gesamtstimmen erhält, praktisch wertlos ist. Just dieser Effekt wurde jedoch von Pinochet gewünscht, um den Fortbestand der Verfassung von 1980 inklusive des binominalen Wahlrechts bis auf Weiteres zu sichern. Selbst ein deutlicher Wahlsieg des Mitte-Links-Lager hätte somit nicht automatisch zu einer Reform geführt, da für Verfassungs- oder Wahlrechtsänderungen eine Drei-Fünftel-Mehrheit erforderlich ist, die wiederum nur mit Zustimmung der Opposition möglich gewesen wäre.

Abbildung Nr. 4, Chilenisches Bündnis- und Parteiensystem 2009

Bündnis	Partei	Präsidentschaftskandidat
Coalición por el Cambio	Renovación Nacional (RN)	Sebastián Piñera (RN)
	Unión Demócrata Independiente (UDI)	
	ChilePrimero	
Concertación de Partidos por la Democracia	Democracia Cristiana (PDC)	Eduardo Frei Ruiz-Tagle (PDC)
	Partido por la Democracia (PPD)	
	Partido Socialista (PS)	
	Partido Radical Social Demócrata (PRSD)	
Chile Limpio. Vote Feliz	Fuerza País	Ohne
	Partido Regionalista de los Independientes (P.R.I.)	
	Movimiento Amplio Social (MAS)	
Nueva Mayoría para Chile	Partido Ecologista de Chile (PECH)	Marco Enríquez-Ominami (Unabhängig)
	Partido Humanista (PH)	
Juntos Podemos Más	Partido Comunista (PC)	Jorge Arrate (PC)
	Izquierda Cristiana (IC)	

„UNENTSCHEIDEN“ IN DEN PARLAMENTSWAHLEN

Neben der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen erfolgten am 13. Dezember 2009 auch die Wahlen zu den beiden Kammern des chilenischen Parlamentes und – dem Congreso Nacional. Zur Wahl standen die Mandate von 18 der insgesamt 38 Senatoren im Oberhaus sowie von allen 120 Abge-

ordneten im Unterhaus. Das Ergebnis lieferte im politisch mächtigeren Senat einen wichtigen Erfolg für die regierende Concertación, die mit 19 von 38 Senatoren ihre Mehrheit verteidigen konnte (obwohl sie insgesamt ein Mandat verloren hat). Dies ist insbesondere dem guten Abschneiden der Christdemokratischen Partei zu verdanken, die drei zusätzliche Mandate gegenüber den Wahlen 2005 gewinnen konnte (sogar vier, wenn man die derzeitige Fraktion nach dem Parteiausschluss von Adolfo Zaldívar zum Ausgangspunkt nimmt) und somit künftig neun Senatoren stellen wird. Bei den vorhergehenden Senatswahlen hatte die Christdemokratische Partei noch eine empfindliche Niederlage erlitten, als sie mit nur sechs Senatoren von der ehemals stärksten zur vierten Kraft abgerutscht war und ihre Repräsentanz im Oberhaus dadurch quasi halbiert wurde. Nach den Wahlen im Dezember ist sie vor den beiden rechtskonservativen Parteien UDI und RN wieder stärkste Partei im Senat und zweitstärkste im Parlament.

Andererseits konnte die Coalición por el Cambio einen großen Erfolg bezüglich der Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus für die nächste Legislaturperiode verbuchen. Zum ersten Mal seit 1989 errang sie mehr Mandate als das Mitte-Links-Lager, obwohl die Concertación sich für die Wahlen des Unterhauses mit der Kommunistischen Partei (PC) zusammengesgeschlossen hatte, um auf diese Weise ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Andererseits konnte die Coalición por el Cambio einen großen Erfolg bezüglich der Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus für die nächste Legislaturperiode verbuchen. Zum ersten Mal seit 1989 errang sie mehr Mandate als das Mitte-Links-Lager, obwohl die Concertación sich für die Wahlen des Unterhauses mit der Kommunistischen Partei (PC) zusammengesgeschlossen hatte, um auf diese Weise ein besseres Ergebnis zu erzielen. Dieser Pakt, geschlossen mit dem Ziel, den bisherigen Ausschluss der

Kommunistischen Partei zu korrigieren, vor allem aber auch, um die sechs *doblajes* der Concertación – also zwei Abgeordnete im selben Wahlkreis – bei den vorherigen Wahlen zu verteidigen, ging nur für die kommunistische Seite positiv aus. Während der PC mit drei Abgeordneten zum ersten Mal seit 36 Jahren wieder ins Parlament einzog, konnte die Concertación in keinem einzigen Wahlkreis beide Kandidaten durchbringen. Dies gelang nur der Coalición por el Cambio im arriierten Stadtteil Las Condes-Vitacura in Santiago. Insgesamt stellt dieses Bündnis künftig 58 von 120 Abgeordneten und konnte ihren Stimmenanteil von 38,70 Prozent bei den Wahlen im Jahre 2005 auf nun 43,4 Prozent steigern. Dies ist nach 2001 das beste Ergebnis, das das Mitte-Rechts-Lager seit 1989 erreicht hat. Stärkste Kraft in diesem Zusammenschluss ist weiterhin die UDI, die einen beachtlichen Zuwachs

von fünf Mandaten erreichen konnte, obwohl sie keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten ins Rennen schickte. Sie erhielt 1,5 Millionen Stimmen mehr als jede andere Partei. Als potente politische Kraft wird der neue Präsident Piñera ihr in Zukunft möglicherweise mehr Zugeständnisse machen müssen als seiner eigenen Partei.

Alle Parteien der Concertación haben dagegen Mandate verloren und mussten einen empfindlichen Rückgang ihrer Wählerschaft von 51,77 Prozent bei den letzten Wahlen 2005 auf nun 44,4 Prozent hinnehmen. Dies ist das schlechteste Ergebnis der Regierungsparteien seit der Rückkehr zur Demokratie. Trotz des hohen Ansehens der Präsidentin Bachelet verlor ihre Partido Socialista (PS) drei Mandate im Senat und vier im Abgeordnetenhaus, möglicherweise als Denkzettel für die Austritte der beiden Präsidentschaftskandidaten Enriquez-Ominami und Arrate. Innerhalb des Mitte-Links-Bündnisses erreichte die Christdemokratische Partei noch ein mehr oder weniger respektables Ergebnis, wenn man das enttäuschende Gesamtergebnis der Concertación berücksichtigt. Der PDC verlor zwar im Vergleich zu den Wahlen vor vier Jahren zwei Mandate im Abgeordnetenhaus und rund sechs Prozent der Stimmen, ist mit 19 Mandaten jedoch zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei wieder stärkste Kraft in der Mitte-Links-Koalition. Nach dem desaströsen Abschneiden bei den Kommunalwahlen im Oktober 2008 mit 13,96 Prozent erhielt die Christdemokratie nun 14,30 Prozent der Stimmen.

Das Ergebnis fällt für den PDC sogar noch etwas günstiger aus, wenn man berücksichtigt, dass die aktuelle Fraktion der Christdemokraten nach dem Austritt von fünf ihrer Mitglieder zeitweise nur noch 16 Abgeordnete umfasste. Anlass war der Ausschluss von Senator Adolfo Zaldívar aus dem PDC aufgrund seines beständigen Widerstands und seiner öffentlichen Kritik gegenüber der Regierung, worauf ein Teil seiner Anhänger (die so genannten *colorines*) ihm folgte und mit ihm in die neu formierte Regionalistische Partei Unabhängiger Kandidaten (PRI) eintraten. Zwischenzeitlich bewarb sich Zaldívar auch für das Präsidentenamt, zog sich nach schlechten Umfrageergebnissen jedoch frühzeitig aus dem Rennen zurück. Mit drei Abgeordneten und vier Prozent der Stimmen schaffte der PRI als Teil des Bündnisses Chile Limpio-Vote Feliz auf Anhieb den Einzug ins Parlament. Mit diesen drei Mandaten hätte der neue Präsident Piñera im Abgeordnetenhaus

Mit drei Abgeordneten und vier Prozent der Stimmen schaffte der PRI als Teil des Bündnisses Chile Limpio-Vote Feliz auf Anhieb den Einzug ins Parlament. Mit diesen drei Mandaten hätte der neue Präsident Piñera im Abgeordnetenhaus eine knappe Mehrheit. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass Zaldívar als Vorsitzender des PRI nach den Unstimmigkeiten mit der Concertación das nun an die Macht gelangte Bündnis der Coalición unterstützt.

eine knappe Mehrheit. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass Zaldívar als Vorsitzender des PRI nach den Unstimmigkeiten mit der Concertación das nun an die Macht gelangte Bündnis der Coalición unterstützt.

Im neuen Unterhaus werden künftig 18 Frauen sowie 45 neue Parlamentarier vertreten sein. Das Durchschnittsalter der 120 gewählten Abgeordneten beträgt 50 Jahre. Auch nach den letzten Wahlen bleibt Chile ein Land der politischen Dynastien. So wurden z.B. mehrere Mitglieder der Familie Walker (alle PDC) ins Parlament gewählt: Ignacio Walker Prieto, ehemaliger Außenminister unter Präsident Lagos (2000-2006), und Patricio Walker wurden in den Senat entsandt, während Matías Walker, der jüngste der drei Brüder, in das Unterhaus als Abgeordneter der Stadt Coquimbo einziehen wird. Drei weitere Familienmitglieder konnten ebenfalls für die Christdemokratie Mandate erringen: Parteipräsident Juan Carlos Latorre und seine Ehefrau Ximena

Abbildung Nr. 5, Ergebnis der Parlamentswahlen (13. Dezember 2009)

Bündnisse und Parteien	Senatoren	Abgeordnete
Concertación & Juntos Podemos	19 (- 1)	57 (- 8)
Partido Demócrata Cristiano (PDC)	9 (+ 3)	19 (- 2)
Partido por la Democracia (PPD)	4 (+ 1)	19 (- 3)
Partido Socialista (PS)	5 (- 3)	11 (- 4)
Partido Radical Social Demócrata (PRSD)	1 (- 2)	5 (- 2)
Partido Comunista (PC)	-	3 (+ 3)
Coalición por el Cambio	17 (+/- 0)	58 (+ 4)
Unión Demócrata Independiente (UDI)	8 (- 1)	39 (+ 5)
Renovación Nacional (RN)	8 (+/- 0)	19 (- 1)
Unabhängig (aber Teil des Bündnisses)	1 (+ 1)	-
Chile Limpio. Vote Feliz	1 (+ 1)	3 (+ 3)
Partido Regionalista de Independientes (PRI)	-	3 (+ 3)
Movimiento Amplio Social (MAS)	1 (+ 1)	-
Unabhängig (ohne Bündnis)	1 (+/- 1)	2 (+ 1)
Gesamt	38	120

Quelle: Ministerio del Interior, www.elecciones.gob.cl [05.2.2010]

Rincón, die in den Senat gewählt wurde, sowie deren Bruder Ricardo. Die Coalición ist ebenfalls mit mehreren Angehörigen einer selben Familie, z.B. den Monckebergs, im Parlament vertreten.

DER MONATELANGE WAHLKAMPF

Obwohl sich Sebastián Piñera bei den vorherigen Präsidentschaftswahlen der Sozialistin Michelle Bachelet im zweiten Wahlgang geschlagen geben musste, wurde er schnell wieder als hoffnungsvoller Kandidat der Opposition für die jüngsten Wahlen ins Spiel gebracht. Bis 2005 hatte die Alianza ihren Kandidaten stets intern ausgewählt. Als es im Vorfeld jedoch zu Unstimmigkeiten zwischen den beiden Parteien des Bündnisses kam, ob man nun Joaquín Lavín von der Unión Demócrata Independiente oder Sebastián Piñera von der Renovación Nacional nominieren sollte, wurden kurzerhand beide in den ersten Wahlgang geschickt. Die Niederlage gegen Bachelet führte zu der Erkenntnis, dieses Verfahren nicht zu wiederholen.

Nach dem Amtsantritt Bachelets hatte sich Piñera lange Zeit weitgehend aus dem politischen Leben herausgehalten, um seine Popularität nicht zu gefährden. Dank des anhaltenden Vorsprungs von Piñera in den Meinungsumfragen entschied sich die Mitte-Rechts-Opposition Ende 2008, auf interne Wahlen nach amerikanischem Vorbild zu verzichten und den Unternehmer kampfflos als ihren Kandidaten zu benennen. Seine Nominierung wurde von der Coalición por el Cambio am 1. September 2009 in einem groß angelegten Festakt in Santiago mit mehr als 10.000 Anhängern offiziell bestätigt.

Dagegen hatte man sich in der Concertación von Anfang an auf eine Vorwahl zur Bestimmung ihres Kandidaten geeinigt. Als Optionen galten im Vorfeld die ehemalige Ministerin und Vorsitzende der Christdemokraten, Soledad Alvear, der jetzige Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, José Miguel Insulza, sowie der von 2000 bis 2006 regierende Präsident Ricardo Lagos von der Sozialistischen Partei (PS). Als Folge der herben Niederlage des PDC bei den Kommunalwahlen vom 26. Oktober 2008 erklärte Alvear unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses ihren Rücktritt als Parteivorsitzende und Kandidatin

Als Folge der herben Niederlage des PDC bei den Kommunalwahlen vom 26. Oktober 2008 erklärte Alvear unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses ihren Rücktritt als Parteivorsitzende und Kandidatin für das Amt des Staatspräsidenten. Als Ersatz entschied sich die Partei Anfang Dezember 2008 einstimmig für den Senator und ehemaligen Präsidenten Eduardo Frei Ruiz-Tagle.

für das Amt des Staatspräsidenten. Als Ersatz entschied sich die Partei Anfang Dezember 2008 einstimmig für den Senator und ehemaligen Präsidenten Eduardo Frei Ruiz-Tagle. Nachdem Lagos und Insulza Anfang 2009 bekannt gaben, dass sie für eine Kandidatur nicht mehr zur Verfügung stehen würden, sah es zeitweise so aus, als ob überhaupt keine internen Wahlen mehr stattfinden würden. Um so größer war dann die Überraschung, als der Präsident der kleinsten Partei der Koalition, Senator José Antonio Gómez, seine Kandidatur ankündigte und damit interne Wahlen fällig wurden, die dann am 5. April 2009 stattfanden. Diese konnte Frei mit 65 Prozent gegenüber 35 Prozent für Gómez gewinnen.

Außerhalb der beiden großen Bündnisse verkündeten noch eine Reihe weiterer Kandidaten Interesse am höchsten politischen Amt im Lande. Trotzdem traten am Schluss nur zwei weitere Kandidaten an, nämlich Jorge Arrate sowie Marco Enríquez-Ominami. Ersterer hatte sich in einer Vorwahl am 25. April gegen den Kandidaten der Humanistischen Partei (PH), Tomás Hirsch, als Vertreter des Bündnisses außerparlamentarischer Linker durchgesetzt. Enríquez-Ominami hatte dagegen seine Ambitionen auf das Präsidentenamt bereits im Januar 2009 bekannt gegeben. Im Juni kehrte er der Sozialistischen Partei den Rücken, da diese ihn nicht für die internen Vorwahlen der Concertación berücksichtigen wollte. Die 36.000 Unterschriften, die er zur Bewerbung benötigte, erreichte er dank einer gezielten Medienkampagne relativ schnell.

Inhaltlich gesehen waren die Kampagnen eine Enttäuschung. Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten waren kaum erkennbar – die Slogans von Piñera („So möchten wir Chile“) oder von Frei („Wir werden besser leben“) hätten auch problemlos andersherum benutzt werden können.

Inhaltlich gesehen waren die Kampagnen eine Enttäuschung. Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten waren kaum erkennbar – die Slogans von Piñera („So möchten wir Chile“) oder von Frei („Wir werden besser leben“) hätten auch problemlos andersherum benutzt werden können. In den Wochen vor dem Wahltag verschärfte sich der Ton deutlich. So wurden z.B. die Fernsehdebatten hauptsächlich dazu benutzt, um die politischen Standpunkte der Kontrahenten vor einem großen Publikum zu diskreditieren, und nicht, um die eigenen Positionen öffentlich darzulegen. Der Wahlkampf vor der zweiten Runde war merklich verhaltener. Selbst in Chiles Hauptstadt Santiago musste man genau nach Hinweisen auf die Stichwahl suchen, da kaum Plakate der beiden Kandidaten zu sehen waren.

den z.B. die Fernsehdebatten hauptsächlich dazu benutzt, um die politischen Standpunkte der Kontrahenten vor einem großen Publikum zu diskreditieren, und nicht, um die eigenen Positionen öffentlich darzulegen. Der Wahlkampf vor der zweiten Runde war merklich verhaltener. Selbst in Chiles Hauptstadt Santiago musste man genau nach Hinweisen auf die Stichwahl suchen, da kaum Plakate der beiden Kandidaten zu sehen waren.

Ein weiterer Beleg für den wenig inhaltsvollen Wahlkampf ist die Tatsache, dass die Regierungsprogramme der Kandidaten selbst zwei Wochen vor der Wahl noch nicht veröffentlicht waren. Der Wissenschaftler Eduardo Engel beschwerte sich Mitte November in einem Meinungsartikel in *La Tercera*, dass die konkreten Programme der Kandidaten weiterhin ein absolutes Mysterium seien. Sowohl Piñera als auch Frei hatten für ihre Wahlprogramme auf eine breite Debatte unter Fachleuten gesetzt. In beiden Fällen wurde dieser Prozess Monate vor der Wahl abgeschlossen. Laut Engel sei es daher verwunderlich, dass beide so lange abwarteten, um ihre Regierungsprogramme einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Gemeinsamkeiten finden sich vor allem bei der Bekämpfung der sozialen Ungleichheit, der Verbesserung der Bildungschancen, der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie der Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarländern Bolivien und Peru. Unterschiede gibt es lediglich bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik sowie bei der Frage der Bestrafung von Militärs und Polizisten für Verbrechen während der Zeit der Pinochet-Diktatur. Zudem lehnt Piñera im Unterschied zu Frei eine Reform der Verfassung ab, die noch unter Pinochet ausgearbeitet wurde.

PIÑERAS WAHLSIEG EINE ÜBERRASCHUNG?

Auf den ersten Blick mag der Sieg von Piñera über Frei und die Concertación als paradox erscheinen, wenn man Chiles im regionalen Vergleich hervorragende wirtschaftliche Lage bedenkt. In der Tat hat sich der Andenstaat in den letzten Jahren immer mehr zum „marktwirtschaftlichen Musterland Südamerikas entwickelt“ – so die Einschätzung der Zeitschrift *Wirtschaftswoche* Ende 2005.³ Auch inmitten der globalen Wirtschaftskrise erwies sich die chilenische Wirtschaft in den vergangenen Monaten als erstaunlich robust. Hier hat die Regierungsarbeit der Concertación von ausländischen Beobachtern viel Lob erhalten. Insbesondere die Entscheidung, die Rekordeinnahmen aus dem Kupferexport während der letzten Hochkonjunktur nicht sofort wieder zu investie-

3 | Vor Kurzem wurde Chile als erstes südamerikanisches Land in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufgenommen. Damit würdigte die OECD nach eigenen Angaben zwei Jahrzehnte guter Wirtschaftspolitik und kontinuierlicher Reform-Anstrengungen. Vgl. „Chile ist ein Musterland“, in: *WirtschaftsWoche*, 12. Dezember 2005, <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/chile-ist-ein-musterland-123109> [05.2.2010].

Auch inmitten der globalen Wirtschaftskrise erwies sich die chilenische Wirtschaft in den vergangenen Monaten als erstaunlich robust. Hier hat die Regierungsarbeit der Concertación von ausländischen Beobachtern viel Lob erhalten. Insbesondere die Entscheidung, die Rekordeinnahmen aus dem Kupferexport während der letzten Hochkonjunktur nicht sofort wieder zu investieren, sondern lieber für schlechte Zeiten beiseite zu legen, wurde von Experten als höchst angebracht bewertet.

ren, sondern lieber für schlechte Zeiten beiseite zu legen, wurde von Experten als höchst angebracht bewertet. Dank Chiles guter wirtschaftlicher Lage ist es nicht verwunderlich, dass die Arbeit von Frau Bachelet und ihrer Regierung im Oktober 2009 eine hohe Zustimmung von 78 Prozent bekam – bei Weitem der höchste Wert, den je eine chilenische Regierung in den 20 Jahren nach der Rückkehr zur Demokratie erhalten hat.

Vor diesem Hintergrund hätte man eigentlich bezweifeln dürfen, dass Piñera in der Lage sein würde, den Chilenen die Notwendigkeit eines Regierungswechsels zu vermitteln. Es lassen sich jedoch mehrere Gründe anführen, warum ihm dies trotzdem gelungen ist. Zunächst hat Piñera von der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Concertación profitiert. Im Zuge dieser Politik sind in den letzten Jahren viele Chilenen in die Mittelschicht aufgestiegen, die von Piñera speziell im Wahlkampf umworben wurde und in der er die meisten Stimmen gewinnen konnte. Ungeachtet der vergleichsweise guten wirtschaftlichen Lage hat Chile jedoch seit Jahren mit diversen ungelösten Problemen zu kämpfen, insbesondere mit einer hohen sozialen Ungleichheit und einer nach wie vor bestehenden Armut in weiten Teilen der Bevölkerung. In der Region hat nur noch Brasilien eine ungleichere Einkommens- und Vermögensverteilung.

Kritisch beurteilen auch die Enkel von Pinochet und Allende gegenüber der Tageszeitung *Der Standard* die Konzentration von Reichtum und Macht in ihrer Heimat. Die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung müssen mit nur etwa zwei Prozent der Ausgaben aller Privathaushalte auskommen. Die reichsten zehn Prozent dagegen verfügen über mehr als 40 Prozent. „Vom chilenischen Modell profitieren nur die Großunternehmen und die Banken, die haben die Beute unter sich aufgeteilt. Kleine und mittlere Betriebe, die eigentlich die Arbeitsplätze schaffen, und die Angestellten der Mittelschicht haben die größte Last an Steuern und Bürokratie zu tragen“⁴, kritisiert Pinochet Molina. Für Meza Allende bleibt der Mittel-

4 | „Chile zwischen Liberalismus und Wohlfahrtsstaat“, in: *Die Zeit*, 15. Januar 2010, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-01/chile-wahl-ideologie?page=all> [05.2.1010].

und Unterschicht in Chile im aktuellen Modell nur die Alternative zwischen Konsumverzicht oder Verschuldung. Und der Wirtschaftsliberalismus habe dazu geführt, dass man heute dank vieler Freihandelsverträge zwar Waren aus der ganzen Welt in Chile erhalten kann, die Exporte aber auf landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe beschränkt bleiben.

Auch glauben viele Chilenen, wie z.B. der Wissenschaftler Ángel Soto in einem aktuellen Meinungsartikel, dass die wirtschaftliche Entwicklung Chiles seit Mitte der neunziger Jahre aufgeschoben wurde und ihr volles Potenzial bei Weitem noch nicht erreicht hat. Laut Soto benötigt das Land in den nächsten Jahren tiefgreifende Reformen, damit die Entwicklung des Landes nicht auf halber Strecke stecken bleibt. In den Augen vieler Wähler hat es der Concertación gerade in dieser Hinsicht an neuen Ideen gefehlt. Vielen kam die Concertación nach 20 Jahren in der Regierung verbraucht vor. Piñera warf ihr deshalb im Wahlkampf vor, dass sie sich an der Macht verschlissen habe, keine neuen Visionen entwickelt habe und das Land deshalb dringend eine neue Kraft an der Staatsspitze benötige. Unter dem Motto „Produktivität, Wachstum und Beschäftigung“ versprach er die Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze in den kommenden vier Jahren. Dies wird nur dann möglich sein, wenn die Wirtschaft jährlich um sechs Prozent wächst. Insgesamt erschien Piñera für viele Wähler als frischer und unverbrauchter als Frei, der „más de lo mismo“ lediglich die Weiterführung derselben Politik der Concertación, jedoch keine großen Veränderungen repräsentierte.

Laut Soto benötigt das Land in den nächsten Jahren tiefgreifende Reformen, damit die Entwicklung des Landes nicht auf halber Strecke stecken bleibt. In den Augen vieler Wähler hat es der Concertación gerade in dieser Hinsicht an neuen Ideen gefehlt. Vielen kam die Concertación nach 20 Jahren in der Regierung verbraucht vor.

PROFIL DES NEUEN PRÄSIDENTEN

Geboren am 1. Dezember 1949 in Santiago de Chile, verbrachte Sebastián Piñera einen Teil seiner Kindheit in Brüssel und New York. An der Pontificia Universidad Católica de Chile nahm er 1969 das Studium der Wirtschaftswissenschaften auf, das er 1971 erfolgreich abschloss. Es folgte eine Promotion an der Harvard University in Boston. Den Putsch am 11. September 1973 erlebte er aus der Ferne.

Zwischen 1974 und 1976 arbeitete Piñera als Berater für die Weltbank und den Banco Interamericano de Desarrollo. 1976 nahm er eine Tätigkeit als Wirtschaftswissenschaftler im Re-

gionalbüro der UNO, der Comisión Económica para América Latina (CEPAL), in Santiago auf und arbeitete dort an einem Projekt zum Thema „Armut in Lateinamerika“. Parallel war er als Professor an der Universidad de Chile, der Pontificia Universidad Católica de Chile sowie an der Universidad Adolfo Ibañez tätig.

Nebenher war er auch als Unternehmer aktiv, kaufte und verkaufte Unternehmen, erwarb 115.000 Hektar Land auf der Insel Chiloé und stieg erfolgreich ins Bankengeschäft ein. Mit der Gründung des Unternehmens Bancard S.A. trug er maßgeblich zur Vermarktung von Kreditkarten in Chile bei. 1987 gründete er das Unternehmen Fincard, das sich ebenfalls dem Kreditkartengeschäft widmete und das er später an Banco Santander verkaufte. Bancard hatte er bereits zuvor an Transbank veräußert. Nach erfolgreichen Geschäften an der Börse gehören ihm heute unter anderem 26 Prozent der Unternehmensanteile der größten chilenischen Fluggesellschaft LAN, 12,5 Prozent der chilenischen Fußballmannschaft Colo-Colo und 100 Prozent des Fernsehsenders Chilevisión. Piñera hat zugesagt, bis zu seinem Amtsantritt seine Anteile in eine unabhängige Stiftung einzubringen. Nur von seinen Anteilen am Fußballclub Colo-Colo will er sich nicht trennen.

Seine politische Karriere begann Piñera 1990 als Senator der Republik. Der Versuch, sich bereits bei den Wahlen 1993 um das Amt des Präsidenten zu bewerben, scheiterte unter anderem an der Veröffentlichung eines geheimen Telefongesprächs, in dem er mit seinem Bekannten, Pedro Pablo Díaz, einen Plan entwickelte, wie man die Rivalin Evelyn Matthei ausbooten könnte („Piñeragate“). Von 2001 bis 2004 war er Präsident seiner Partei, der Renovación Nacional (RN). Nach seinem Scheitern in den Wahlen des Jahres 2005 konnte er nun seine Karriere als Präsident Chiles krönen.

GRUNDZÜGE VON PIÑERAS REGIERUNGSPROGRAMM

Obwohl Piñera sich mit seinem Slogan für den zweiten Wahlgang „Súmate al Cambio“ (Schließ dich dem Wechsel an) als Hoffnungsträger für einen Neuanfang darstellte, dürften entscheidende Veränderungen trotzdem nicht zu erwarten sein. In wirtschaftspolitischer Hinsicht scheint die Kontinuität des erfolgreichen Modells der letzten Jahre sichergestellt. Obwohl der wirtschaftsliberale Unternehmer einen weniger aktiven

Staat bevorzugt und in den letzten Monaten die zu hohen Ausgaben oder Markteingriffe der Regierung kritisiert hat, besteht in Chile ein allgemeiner Konsens, dass es angesichts des kleinen Binnenmarkts keine Alternative zu einer starken Einbindung in die Weltwirtschaft gibt. Es darf deshalb angenommen werden, dass Piñera am bisherigen marktwirtschaftlichen Modell festhalten wird. Um allerdings den Sprung von einem Schwellen- zu einem entwickelten Land zu vollziehen, wird eine noch stärkere Diversifizierung der Wirtschaft notwendig werden. Laut Expertenmeinung muss sich Chile in der Zukunft insbesondere von seiner Abhängigkeit vom Kupfer befreien, da dieses begehrte Metall weiterhin knapp die Hälfte des Exports ausmacht und für den größten Teil des Wohlstands des Landes aufkommt.

Um das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen, will der Unternehmer Steuererleichterungen verlängern und Anreize zur Schaffung neuer Stellen im Privatsektor setzen, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem will Piñera das Management staatlicher Unternehmen umstrukturieren. In seinem Wahlprogramm hat er angekündigt, einen Teil des Staatskonzerns Codelco verkaufen zu wollen, um den weltgrößten Kupferproduzenten effizienter und wettbewerbsfähiger zu machen. Er hat jedoch auch versprochen, Sozialprogramme beizubehalten und ein Stück weit auch auf die Mittelschicht auszuweiten. Der Konservative will einem Wirtschaftsberater zufolge die Ausgabe von Staatsanleihen prüfen und einen dank sprudelnder Einnahmen aus Kupferexporten den Milliarden schweren Staatsfonds anzapfen. Piñeras makroökonomischer Plan setzt insgesamt auf hohe Investitionen im Privatsektor zum Ankurbeln des Wirtschaftswachstums. Kritiker bemängeln jedoch, er verlasse sich dabei zu sehr auf eine starke Erholung der Weltwirtschaft.

Ein ernsthaftes Problem für die zukünftige Entwicklung Chiles bleibt die schlechte Ausbildung der Arbeitskräfte sowie der insgesamt sehr schwache Stand von Bildung und Forschung. In einem Land, das nach wie vor durch große Einkommensunterschiede gekennzeichnet ist, muss eine gute Erziehung als das vielleicht wichtigste Mittel zur Erlangung

In wirtschaftspolitischer Hinsicht scheint die Kontinuität des erfolgreichen Modells der letzten Jahre sichergestellt. Obwohl der wirtschaftsliberale Unternehmer einen weniger aktiven Staat bevorzugt und in den letzten Monaten die zu hohen Ausgaben oder Markteingriffe der Regierung kritisiert hat, besteht in Chile ein allgemeiner Konsens, dass es angesichts des kleinen Binnenmarkts keine Alternative zu einer starken Einbindung in die Weltwirtschaft gibt.

Ein ernsthaftes Problem für die zukünftige Entwicklung Chiles bleibt die schlechte Ausbildung der Arbeitskräfte sowie der insgesamt sehr schwache Stand von Bildung und Forschung.

von mehr Chancengleichheit gewertet werden. Laut Mirjam Gehrke von der Deutschen Welle ist die Bevölkerung auch weiterhin gespalten – „aber nicht in erster Linie in rechts oder links, sondern in arm und reich, in solche, die Beziehungen haben, und solche, die auf sich selbst gestellt sind“⁵. Zwar hat Piñera die Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätzen versprochen, doch von einer Sozialpolitik, wie sie vor allem unter der scheidenden Präsidentin Michelle Bachelet erfolgreich in den letzten Jahren umgesetzt worden ist, findet Gehrke in den Ankündigungen des Unternehmers kaum Ansätze. „Und dabei braucht Chile vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen dringend Reformen, die die soziale Chancengleichheit erhöhen. Stattdessen setzt Piñera auf Steuer-senkungen zur Ankurbelung der Wirtschaft – die neoliberalen Rezepte aus der Pinochet-Ära lassen grüßen.“⁶ Piñera wird sich daher während seiner Regierungszeit verstärkt den sozial Schwachen im Lande zuwenden müssen, möchte er nicht nur als ein Interessenvertreter der oberen Zehntausend wahrgenommen werden. Zu diesem Zweck ist unmittelbar nach Regierungsantritt ein Bonus für einkommensschwache Familien in Höhe von 40.000 CLP geplant. In der Zukunft soll das soziale Netz dann noch stärker auf die Mittelschichten ausgedehnt werden.

In der Außenpolitik ist unter einem Präsidenten Piñera mit einigen Akzentverschiebungen zu rechnen. Frau Bachelet hatte sich intensiv um die Lösung von Grenzstreitigkeiten mit Peru und Bolivien bemüht. Gegenüber dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez hatte sie einen Kurs diplomatischer Zurückhaltung gesteuert. Piñera hat dagegen im Wahlkampf den „latein-amerikanischen Populismus“ für gescheitert erklärt. Kuba sei eine Diktatur und Venezuela „keine Demokratie“. In seiner Präsidentschaft werde Chile auf keinen Fall Land- oder Seegebiete aufgeben, auf die andere Staaten Anspruch erheben. Marcelo Mella, Politikwissenschaftler an der Universität Santiago, sieht in dieser Haltung ein Hindernis für gute Beziehungen mit Bolivien und Venezuela: „Nationalistische und chauvinistische Erklärungen werden kein gutes Klima für die Lösung von Konflikten bereiten.“ Er erwarte aber, dass Piñera seine Wahlkampfrhetorik abschwächen werde:

5 | „Kommentar: Eine fast fertige Demokratie“, in: *Deutsche Welle*, 14. Dezember 2009, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-01/chile-wahl-ideologie?page=all> [05.2.2010].

6 | Ebenda.

„Ich habe keinen Zweifel, dass es eine Art Pragmatismus geben wird, sobald er im Amt ist.“ Außenpolitisch dürfte Piñera, der in den USA ausgebildet wurde, großes Gewicht auf gute Beziehungen zu Washington legen. Er betonte aber auch während des Wahlkampfes, das chilenische Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union besser nutzen zu wollen.

UNGEWISSE ZUKUNFT FÜR ENRÍQUEZ-OMINAMI

Das gute Abschneiden von Marco Enríquez-Ominami mit 20 Prozent der Stimmen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen ist im Hinblick auf Chiles binominales Wahlrecht ein erstaunliches Ergebnis – letztendlich wurde es ihm aber auch zum Verhängnis. Er konnte zwar in den Präsidentschaftswahlen ein beachtliches Ergebnis erzielen, in den Parlamentswahlen bekam jedoch kein einziger Kandidat seiner Liste den Zuschlag. Auch sein Adoptiv-Vater, Carlos Ominami, verpasste als unabhängiger Kandidat den Einzug in den Senat. Enríquez-Ominami selbst, zurzeit noch Abgeordneter, wird ebenfalls nicht dem neuen Parlament angehören.

Das gute Abschneiden von Marco Enríquez-Ominami mit 20 Prozent der Stimmen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen ist im Hinblick auf Chiles binominales Wahlrecht ein erstaunliches Ergebnis – letztendlich wurde es ihm aber auch zum Verhängnis. Er konnte zwar in den Präsidentschaftswahlen ein beachtliches Ergebnis erzielen, in den Parlamentswahlen bekam jedoch kein einziger Kandidat seiner Liste den Zuschlag.

Als Enríquez-Ominami im Juni seinen Austritt aus der Concertación und seine Bewerbung für das Präsidentenamt als unabhängiger Kandidat bekannt gab, wurde er noch von vielen als politische Eintagsfliege belächelt. Seine rasch steigenden Umfragewerte in den Monaten vor der Wahl wurden daher mit großem Erstaunen zur Kenntnis genommen. Der fulminante Aufstieg des als krasser Außenseiter gestarteten Abgeordneten aus Santiago erlangte im Vorfeld auch internationale Aufmerksamkeit. So wurde z.B. in einem Artikel des renommierten amerikanischen Nachrichtenmagazins *Newsweek* vom 6. November die Tatsache hervorgehoben, dass ein „frischer, junger und unabhängiger Kandidat gute Aussichten hat, eine der bemerkenswertesten, stabilsten und effektivsten Regierungskoalitionen in der Geschichte Lateinamerikas von der Macht zu verdrängen“. Dieses Ziel hat Enríquez-Ominami zwar verpasst, jedoch dürfte laut *Newsweek* sein gutes Abschneiden eine positive Entwicklung für Chile und Lateinamerika sein, die unter Beweis stellt, dass parteilose Kandidaten in einer effektiven und demokratischen Art gegen das Establishment um das höchste politische Amt im Land ringen können.

Es gibt mehrere Gründe für den bemerkenswerten Erfolg von Enríquez-Ominami. Zum einen hatte er von allen Kandidaten die bei Weitem charismatischste Persönlichkeit und den interessantesten Lebenslauf. Nach einer kurzen Karriere im Fernsehen wurde Enríquez-Ominami 2006 ins Parlament gewählt und machte sich schnell einen Namen. Er war während des Wahlkampfes am besten in der Lage, die jüngere Generation anzusprechen, gleichzeitig ist er sehr gewandt im Umgang mit den Medien, die ihm daher unverhältnismäßig viel Aufmerksamkeit in ihrer Berichterstattung schenkten. Wie kein anderer richtete sich Enríquez-Ominami offen gegen das Partiestablishment und schaffte es so, die Verdrossenheit eines großen Teils der Gesellschaft einzufangen. Mit seiner Kandidatur forderte er das bestehende System zweier großer Parteienkoalitionen heraus. Am Wahltag blieb er jedoch hinter seinen Erwartungen zurück. Ein wichtiger Grund hierfür dürfte seine als niedrig eingeschätzte Regierungsfähigkeit (lediglich 32 Prozent der Wähler glaubten, dass er schon die nötige Erfahrung für das Präsidentenamt besitze) gewesen sein. Trotzdem ist davon auszugehen, dass er in der Zukunft eine wichtige Rolle in der chilenischen Politik spielen wird. Seine Ambitionen für die Präsidentschaft in vier Jahren hat er jedenfalls schon verkündet.

GRÜNDE FÜR DIE NIEDERLAGE VON FREI UND DER CONCERTACIÓN

Nach dem enttäuschenden Ergebnis in den Präsidentschaftswahlen wird die Concertación in den nächsten Monaten die verschiedenen Ursachen für die bittere Niederlage gründlich analysieren müssen. Als ein erster wichtiger Grund ist der aktuell schlechte Zustand des Mitte-Links-Bündnisses hervorzuheben, das sich in letzter Zeit einer Reihe von Korruptionsproblemen und schließlich von Parteiaustritten prominenter Führungspersönlichkeiten gegenüber sah. Als Folge davon driftete die Concertación in den Monaten vor der Wahl immer weiter auseinander. Hinzu kommt, dass die Gemeinsamkeiten seit der Opposition zum Pinochet-Regime immer weiter schwinden. Für zusätzliches Unbehagen sorgte insbesondere bei einigen Mitgliedern der Christdemokraten der Pakt mit den Kommunisten bei den jüngsten Parlamentswahlen. Noch ist unklar, ob die Concertación nach der herben Niederlage in ihrer jetzigen Form weiter existieren wird.

Doch auch im Wahlkampfteam von Frei lief oft wenig bis gar nichts zusammen. Aufgrund seiner Entscheidung, in seinem Wahlprogramm vorrangig auf Parteiunabhängige (die so genannten *Océanos Azules*) zu setzen, waren interne Auseinandersetzungen mit den Verantwortlichen der Organisation häufig an der Tagesordnung. Es überwog die Einschätzung, die meisten Chilenen seien progressiv und linksgerichtet und würden letztendlich automatisch den Kandidaten des Mitte-Links-Bündnisses wählen. Frei entfernte sich deshalb während des Wahlkampfes immer mehr von der Mitte der Gesellschaft. Zusätzlich wurden ihm mehrere Themen aufgedrückt, die ihm als Christdemokraten und Familienmenschen nicht richtig am Herzen lagen, wie zum Beispiel die Rechte von Homosexuellen oder das Recht auf Abtreibung. Da es nie wirklich realistisch war, alle linken Wähler (insbesondere die von Enríquez-Ominami) auf sich zu vereinen, war es zweifelsohne ein großer Fehler, die Wählerschaft der Mitte praktisch kampfflos Piñera preiszugeben. Im Nachhinein lässt sich die Feststellung treffen, dass die von der Kampagne erhoffte Polarisierung der Wählerschaft, die sich in den letzten Jahren zunehmend von der überholten Dichotomie „Links-Rechts“ abgewandt hat, eine falsche Annahme war.

Der oft als Kompromisskandidat angesehene Frei selbst blieb aber auch nicht von Kritik verschont. Er gilt als erfahrener Politiker, manche Kritiker glauben jedoch, er sei zu farblos und das Parteienbündnis aus Sozialisten und Christdemokraten hätte lieber einen charismatischeren und jüngeren Kandidaten auswählen sollen, wie zum Beispiel den beliebten Finanzminister Andrés Velasco. Zusätzlich war Frei während des gesamten Wahlkampfes nie annähernd in der Lage, die hohe Popularität der Präsidentin und auch der Regierung auf seine Kampagne zu übertragen. Das schlechte Ergebnis des ersten Wahlganges war deshalb auch für die Regierung ein großer Schock, die insgesamt viel zu spät im Wahlkampf aktiv wurde. Letztendlich ist es Frei und der Concertación nicht gelungen, sich der Öffentlichkeit als die bessere Option zu präsentieren, um die erfolgreiche politische und wirtschaftliche Entwicklung Chiles in den letzten Jahren fortzuführen.

Der oft als Kompromisskandidat angesehene Frei selbst blieb aber auch nicht von Kritik verschont. Er gilt als erfahrener Politiker, manche Kritiker glauben jedoch, er sei zu farblos und das Parteienbündnis aus Sozialisten und Christdemokraten hätte lieber einen charismatischeren und jüngeren Kandidaten auswählen sollen, wie zum Beispiel den beliebten Finanzminister Andrés Velasco.

ZUKUNFT DER CONCERTACIÓN

Nach der Machtverschiebung in Chile wird es interessant sein, wie die beiden großen Bündnisse in den nächsten Jahren miteinander umgehen werden. Piñera selbst verkündete am Abend seines Triumphes, dass er ähnlich wie die Politik von Patricio Aylwin nach dem Ende der Diktatur auf eine „Demokratie der Abkommen“ setzen würde. Hinter dieser Botschaft verbirgt sich sicherlich auch eine Portion Realismus: Piñera weiß, dass er angesichts einer fehlenden Mehrheit im Parlament bei wichtigen Gesetzen zur Zusammenarbeit mit der Mitte-Links-Opposition gezwungen ist. Gesetze zur Lockerung von Vorschriften für Unternehmen oder der geplante Teilverkauf von Codelco könnten bei der Concertación auf starken Widerstand stoßen. Diese wiederum wird sich in den kommenden Wochen und Monaten darauf verständigen müssen, welchen Kurs sie zukünftig steuern möchte. Frei, der nach dem Wahlergebnis Piñera sofort zu seinem Erfolg gratulierte, versicherte in seiner Ansprache, dass die Concertación einem konstruktiven Dialog nicht im Wege stehen würde. Nicht alle sind jedoch dieser Auffassung. So betonte zum Beispiel der Präsident der Sozialistischen Partei, Camilo Escalona, dass die Concertación mit allen Mitteln ihre erfolgreiche Sozialarbeit der letzten zwanzig Jahre verteidigen müsse. „Wir sind sehr besorgt über die politische Rechte und ihre Benachteiligung von Arbeitern und Gewerkschaften.“ Diese unterschiedlichen Auffassungen sind symbolisch für die immer größer werdenden Meinungsunterschiede innerhalb des Mitte-Links-Bündnisses.

Schon am Tag nach der Niederlage wurde über eine mögliche Auflösung des Bündnisses spekuliert. Zwei der vier Parteipräsidenten waren bereits zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang zurückgetreten. Die beiden verbliebenen, Camilo Escalona (PS) und Juan Carlos Latorre (PDC), stehen zurzeit unter hohem Druck.

Schon am Tag nach der Niederlage wurde über eine mögliche Auflösung des Bündnisses spekuliert. Zwei der vier Parteipräsidenten waren bereits zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang zurückgetreten. Die beiden verbliebenen, Camilo Escalona (PS) und Juan Carlos Latorre (PDC), stehen zurzeit unter hohem Druck. Noch in der Wahlnacht besetzte die christdemokratische Jugend die Parteizentrale des PDC und forderte den Rücktritt ihres Präsidenten. In allen Parteien des Bündnisses drängt bereits seit längerer Zeit eine neue jüngere Generation von Politikern an die Spitze. Schließlich werden auch erste Überlegungen einer Neugründung der Concertación ins Spiel gebracht. Sie soll künftig neben den vier Parteien nach Möglichkeit auch alle weiteren progressi-

ven Kräfte umfassen, vor allem aber wieder offensiver auf Gruppen der Zivilgesellschaft zugehen.

In Kreisen des PDC begegnet man solchen Überlegungen mit Vorsicht. Nachdem die Christdemokraten die Concertación zunächst lange dominiert und angeführt hatten, wurde es in den letzten Jahren für die Partei immer schwieriger, die eigenen Positionen in diesem Parteienbündnis zu verdeutlichen und die Unterschiede zu den Koalitionspartnern herauszustellen. Dies war nach Einschätzung vieler politischer Beobachter ein wichtiger Grund für den dramatischen Wählerschwund, den der PDC bis zu seiner Ablösung als stärkste Partei im Dezember 2001 hinnehmen musste (ca. eine Million Stimmen seit 1990). Im Zeitraum der letzten 20 Jahre verlor die Partei mehr als 50 Prozent ihrer Wähler. Mit den 14 Prozent bei den jüngsten Parlamentswahlen ist sie nun wieder am Ausgangspunkt angelangt: Es ist genau der Prozentsatz an Stimmen, den sie zum Zeitpunkt ihrer Gründung vor nun etwas mehr als 50 Jahren erzielt hat. Die Partei muss sich darauf einstellen, dass Piñera, der aus einer traditionell christlich-demokratischen Familie stammt, versuchen dürfte, den PDC aktiv zu umwerben, um zukünftige Mehrheiten für seine Politik im Parlament zu sichern. Dies wiederum könnte zu beträchtlichen Spannungen innerhalb der Partei führen, die sich im letzten Jahr relativ geschlossen präsentiert hat.